

Die Verabschiedung des Asylpakets II im Deutschen Bundestag

Die Debatte um das Asylpaket II beschäftigt derzeit unserer Gesellschaft und wird im Deutschen Bundestag intensiv beraten. Es beinhaltet Regelungen, die dazu beitragen, die Asylverfahren zu ordnen, besser zu steuern und zu beschleunigen, ohne dabei die Grundsätze der Einzelfallprüfung aufzugeben. Es stellt einen Kompromiss zwischen den Koalitionspartnern dar. Der Integrationsprozess für Flüchtlinge mit Bleibeperspektive wird damit erheblich verbessert und eine Voraussetzung für eine wahre Willkommenskultur geschaffen. Logische Folge ist jetzt ein zügig zu verabschiedendes Integrationspaket. Vorschläge dazu liegen von Seiten der SPD vor, im Gegensatz zu manchen Ideen anderer Parteien ist unser Vorschlag auch mit Geldern unterlegt. Denn Integration findet vor Ort in den Kommunen statt. Sie kann nur gelingen, wenn sowohl die Bereitschaft dazu von Neubürgern und Einheimischen vorhanden ist und auch ausreichende Mittel zur Verfügung stehen, um die nötigen Maßnahmen, u.a. zum Spracherwerb, finanzieren zu können.

Gleichwohl laufen Teile des Asylpakets II Gefahr, zu einer reinen Symbolpolitik zu verkommen. So sieht das Paket u.a. vor, den Familiennachzug für subsidiär Schutzbedürftige befristet für zwei Jahre auszusetzen und zielt damit auf eine Reduktion des Flüchtlingszustroms ab. Allerdings wurden im vergangenen Jahr 137.136 Personen als Flüchtlinge anerkannt, lediglich 1.707 Personen erhielten subsidiären Schutz. Zudem wird entsprechend der Regelung in begründeten Fällen eine Aufnahme der Eltern subsidiär schutzbedürftiger Minderjähriger zugelassen. 2015 wurden aber gerade einmal 105 Minderjährige als subsidiär schutzbedürftig anerkannt. Damit wird das angebliche Ziel der Regelung unwirksam. Angesichts der Aussagen von Minister de Maizière im Oktober letzten Jahres besteht allerdings die Gefahr, dass die Zahl der Betroffenen deutlich steigen wird: Nach der Rechtsauffassung der CDU sind fast alle Menschen aus Syrien nur subsidiär Schutzbedürftig. Dies führt jedoch nicht zu weniger Flüchtenden sondern nur zu mehr illegaler Einwanderung und damit zu mehr Chaos, denn niemand wird seine Familie jahrelang mit unbestimmter Perspektive in unsicheren Ländern zurücklassen. Die Flüchtlinge werden ihre Familien wenn nötig auf illegalem und gefährlichem Wege zu uns nach Deutschland holen. Wir riskieren damit, dass es anstelle geordneter Asylverfahren zu unübersichtlichen und ungeordneten Verfahren kommen wird. Tatsächlich aber benötigen wir Regelungen und Maßnahmen, die dazu beitragen, die Flüchtlingszahlen zu reduzieren, ohne menschliches Leben zu gefährden.

Aufgrund von zwei klaren Zusagen u.a. von Minister de Maizière aus dieser Woche, nämlich dass es zu keiner deutlichen Anhebung der Zahl subsidiär Schutzbedürftiger kommen wird und dass wir zeitnah ein weiteres Integrationspaket verabschieden werden, habe ich, auch unter starken Bedenken, dem Gesetz am Donnerstag zugestimmt.